

# Solidarität

## unsere Chance

Nummer 153

Juli 2021

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: [www.prosv.at](http://www.prosv.at) \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

## INHALT

### Verkauf von MAN-Steyr

Keine Rettung. Die Zukunft des Werkes in Steyr bleibt ungewiss



### Pflege

Scheinselbstständigkeit und Ausbeutung

### Neutralität

Österreich, sein Bundesheer und die EU- und NATO-Militarisierung



### SPÖ-Parteitag

Sittenbild und Planlosigkeit

## Die „Familie“ lässt grüßen

Die Republik befindet sich in türkisch-schwarz-blauer Korruptions-Geiselhaft mit grüner Behübschung auf dem Weg in einen autoritären Staat. Was die Herrschaften in Politik und Wirtschaft vom Volk denken, wurde in letzter Zeit heftig publik. Wir sind für die der „Pöbel“ oder „Tiere“ mit denen man nichts zu tun haben will. Wir sollen arbeiten und kuschen, denn nur dadurch können diese „neuen Übermenschen“ aus unser aller Arbeit geschaffenen Werte sich Jahresgehälter von im konkreten Fall 400.000 bis 600.000 Euro im Jahr aus der Firmenkasse bedienen - und kassieren auch noch im Abgang 200.000 Euro. Wenn es sich beim „Pöbel“ gar noch um Betriebsrät\*innen handelt, dann „Weg damit!“ Diese Typen sind nur die Spitze des Eisberges, denn die stets auf unsere Kosten wachsende Gruppe der Bosse, Millionäre und Milliardäre ist nicht so dumm wie diese sich allmächtig fühlende Politclique. Die Ho's, Benko's, Haselsteiners usw. gehören auch zur „Familie“ oder waren dies schon immer, egal wer gerade das Politpersonal stellt. Ob dumm oder klug, die Kapitalisten betreiben täglich Ausbeutung im Betrieb, richten uns aus, dass wir es billiger geben müssen, wollen wir noch einen Job haben (siehe MAN-Steyr), dass trotz nach wie vor enorm hoher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und wenigen offenen Stellen Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sozialhilfe nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gesenkt werden sollen (WK-Boss Mahrer, Arbeitsminister Kocher, IV), damit alle auch nur jede noch so schlecht bezahlte Arbeit annehmen. Gesagt wird, man will die Langzeitarbeitslosigkeit weg bekommen, arbeitet aber auf einen Billigstlohnsektor hin. Nach Facharbeiter\*innen wird geschrien, aber deren Ausbildung wollen die Firmen schon seit Jahren nicht mehr übernehmen und schreien nach Förderungen.



Dabei haben Konzerne, Großbauern sowie Wald- und Großgrundbesitzer gerade 2/3 aller Coronahilfen kassiert, machen munter Gewinne, schütten fette Dividenden aus, während Arbeitslose 45% ihres Nettoeinkommens, Kurzarbeiter\*innen bis zu 20% ihres Gehaltes verlieren!

Das gefährdet unsere Gesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt: die wachsende Ungleichheit, Armut, Ausgegrenztheit, die Kluft zwischen Arm und Reich! Die Gefahr kommt nicht von außen, nicht von den Flüchtlingen, nicht von den „Islamisten“, nicht „vom Terror“, nicht „von den Linken“, sondern von den kapitalistischen, neoliberalen Einpeitschern und ihrem rechten Politpersonal, die mitten in der Republik, in Unternehmen, Institutionen, Parteien, Polizei, Militär, Justiz, in Ministerien, Parlament und Landtagen sitzen. Während der Überwachungsstaat gegen Arbeitende, Arbeitslose, Arme, Kritiker oder Proteste ausgebaut wird, werden Rechtsextreme geschützt und aktiv gefördert.

# 24-Stunden-Pflege

## Das deutsche Urteil und das problematische System in Österreich.

Das jüngste Urteil des Deutschen Instituts für Menschenrechte zu einer fairen Bezahlung der 24-Stunden-Betreuerkräfte wirft auch in Österreich ein neues Licht auf die Baustelle Pflege. Die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen der 24-Stunden-Betreuerinnen sind in Österreich im Jahr 2007 ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, als publik wurde, dass die Schwiegermutter des damaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel (ÖVP) von einer osteuropäischen Betreuungskraft betreut wurde. Man darf annehmen, dass ein österreichischer Bundeskanzler über finanzielle Mittel verfügt, die ihm auch andere Möglichkeiten geboten hätten.

Für viele andere ist allerdings trotz der öffentlichen Förderungen selbst diese Pflegeform nicht leistbar. Zudem muss man über ausreichend großen Wohnraum verfügen, was angesichts der steigenden Mieten für Menschen mit geringen Pensionen ein zusätzliches Hindernis ist.

Fakt ist, dass das deutsche Urteil ein wichtiges Thema aufgreift, vor dem kein europäisches Land verschont ist: die kontinuierliche Überalterung der westlichen Gesellschaften bei gleichzeitigem Ausbleiben jüngerer Arbeitskräfte, vor allem auch solcher, die Pflege- und Sorgearbeit unter den allseits bekannten Bedingungen leisten.

Die österreichische Bundesregierung hat unter Gesundheitsminister Rudolf Anschober eine Pflegereform versprochen, die bis heute nicht umgesetzt wurde. Dazwischen kam eine Pandemie, die Pflegekräfte wurden mit einer 500-Euro-Prämie abgespeist. Keine Rede davon, dass man das Gehalt in allen Settings (Krankenhaus, Pflegeheim, mobile Dienste, Sanitäter, Assistenzberufe etc.) im Gesundheits- und Sozialbereich um 20 bis 30 Prozent erhöhen müsste, um die Verantwortung und die Leistung entsprechend abzugelten. Dass dies möglich ist, zeigt das Beispiel Finnland, wo im Jahr 2007 tausende Pflegekräfte mit Massen-

kündigung drohten und damit eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent erwirkten.

### Professionelle Pflege wird ausgehungert

Das Pflegesystem in Österreich ist von Grund auf neu zu denken. Die Lösung mit den osteuropäischen Betreuerinnen ist eine Notlösung, die das gesamte Pflegewesen qualitätsmäßig und finanziell nach unten nivelliert hat. Pflegebedürftige Menschen sind keine relevante Wählerklientel. Ihre Bedürfnisse werden politisch kaum wahrgenommen. Pflegekräfte ihrerseits werden in ihren Ausbildungsplänen weder über Empowerment, politische Bildung oder Anwartschaft für Pflegebedürftige geschult, geschweige denn, dass sie Zeit hätten, sich für ihre eigenen Bedürfnisse und die der Pflegebedürftigen gesellschaftlich und politisch einzubringen. Dasselbe gilt für die wichtige Arbeit der pflegenden Angehörigen und auch jener der 24-Stunden-Betreuerinnen, denen es allzu oft an sprachlichen und rechtlichen Kenntnissen mangelt.

Das Resultat ist bekannt: professionelle Pflege wird ausgehungert, weil zu teuer, freiberufliche Pflege mit fachspezifischen Leistungskatalogen und Direktverrechnung mit der Sozialversicherung ist bis dato inexistent. Die Pflege funktioniert derzeit, weil 70 Prozent der Pflegebedürftigen von Angehörigen gepflegt werden, zahlreiche Beschäftigte in den Pflege- und Betreuungsberufen Migrationshintergrund aufweisen - und weil das Lohnniveau in Osteuropa immer noch so niedrig ist, dass sich für die 24-Stunden-Betreuerinnen die Arbeit im Ausland lohnt.

Moralisch ist der Status quo höchst fragwürdig: Man wollte in der Pandemie vor allem die vulnerablen Gruppen (ältere Menschen, Pflegebedürftige) schützen. Hat man jetzt kein Interesse mehr den Lebensabend von Pflegebedürftigen professionell, anständig honoriert, mit ausgezeichneten Arbeitsbedingungen und qualitativ hochwertig zu finanzieren? Ist das die Lehre aus Corona?

*Alexandra Prinz ist Pflegeexpertin, hat einen Master-Abschluss in Advanced Nursing Practice und war u.a. Direktorin einer Pflegeeinrichtung in der Schweiz.*



## Scheinselbständigkeit und Ausbeutung

### Aus der Erklärung der Interessengemeinschaft IG24 der 24-Stunden-Betreuer\*innen:

*„Wir arbeiten als selbstständige Ein-Personen-Unternehmer\*innen, obwohl weder Ort, Zeit noch Inhalt der Arbeit den Charakter von Selbstständigkeit haben. Wir arbeiten als Betreuer\*innen, obwohl unser Arbeitsalltag ohne die Durchführung von Pflegehandlungen nicht vorstellbar wäre.*

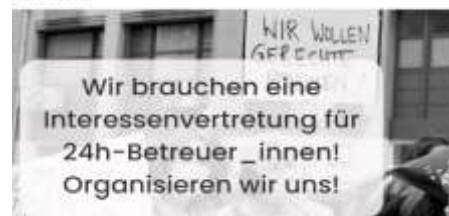
*Aber weil unsere Scheinselbständigkeit und unser Status als Betreuer\*innen unsere Arbeitskraft billiger macht, bleiben unsere Forderungen bislang ungehört.*

*Unsere soziale Absicherung ist kaum vorhanden, für uns gibt es keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz. Wir arbeiten für beschämende zwei bis drei Euro pro Stunde, 24 Stunden am Tag. Der Weg in die Altersarmut ist vorgezeichnet, in der Pension bleiben uns monatlich meist nicht mehr als ein- bis zweihundert Euro.*

*Fast alle von uns werden von Agenturen an die betreuungs- und pflegebedürftigen Personen vermittelt. Agenturen, die viel Geld für ihre Vermittlungstätigkeit von uns und von den betreuten Personen verlangen, mit oftmals sittenwidrigen Klauseln in ihren Verträgen – Agenturen, denen wir weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Die mittlerweile fast tausend Agenturen in einem kleinen Land wie Österreich zeugen von der Goldgräberstimmung in dieser Branche.*

*Auch in den Haushalten, in denen wir arbeiten, finden wir zusätzlich zur Schwere der Arbeit immer wieder menschenunwürdige Zustände vor ...*

*Und genau aus all diesen Gründen organisieren wir uns jetzt!“*



# Zum Verkauf des MAN-Werkes in Steyr an Siegfried Wolf

## Jetzt hat der VW-Konzern das MAN-Werk in Steyr überraschend doch an Siegfried Wolf verkauft. Warum?

MAN-VW und Siegfried Wolf kamen mit dem Versuch, mit leeren Versprechungen und der Methode „Friss oder stirb“ eine schnelle Zustimmung für den Ausverkauf des MAN-Steyr-Werkes bei der Urabstimmung zu erreichen, nicht an ihr Ziel. Der jetzige überfallsartige Verkauf von MAN-Steyr durch den VW-MAN-Konzern ohne Einbeziehung der Belegschaft an Siegfried Wolf – nachdem man zwei Monate offensichtlich mit „nachgebesserten“ Plänen Scheinverhandlungen mit der Belegschaft geführt hat, ist eine Flucht nach vorne des MAN-VW-Konzerns, weil

- MAN-VW mit seinen Schließungsplänen und Siegfried Wolfs 1. Angebot nicht durchkam
- die Belegschaft, gestützt auf ihr 2/3-NEIN der Urabstimmung, sich nicht auf leere Versprechungen eingelassen hat und auch dem Druck und den Drohungen und einer Meinungsmache von Politik und Medien nicht gewichen ist.

Die Belegschaftsvertretung hat völlig berechtigt in ersten Stellungnahmen nach dem Verkauf von MAN-Steyr an Siegfried Wolf darauf hingewiesen, dass

- man das alles schon im Jänner hätte angehen können, es jetzt eben eine Betriebsübergabe ist, bei der der neue Eigentümer alle Rechte und Pflichten übernehmen muss – also auch den gekündigten Standortsicherungsvertrag bis 2030
- dass vieles, das als „Rettung“ in den Medien kursiert wie ein Sozialplan nach deutschem Vorbild mit Turboprämie usw. nur vage ist, nur irgendwie in irgendeiner Art und Weise einfließen soll
- es derzeit nicht um Kündigungen gehe, weil es mehr statt weniger

Arbeit im Werk gibt und dafür eher mehr statt weniger Beschäftigte benötigt werden. So braucht MAN-VW auch mit Siegfried Wolf als Eigentümer die Arbeit der Steyr-Belegschaft bis ins Jahr 2023 hinein für die MAN-Lkw-Produktion und Lackierung.

### Nach wie vor gilt:

- die Belegschaft hat frei zu 2/3 gegen Wolfs „Angebot“ abgestimmt. Doch die Medien verbreiten Wolf-Interviews, dass die Beschäftigten nicht frei abgestimmt hätten bei der Urabstimmung, ihnen ein Nein empfohlen wurde, sie zu teuer arbeiten, deshalb für die drohende Schließung selbst verantwortlich seien und endlich zur Vernunft kommen sollten.



Doch bekanntlich sind die Schließer MAN-VW, die die Lkw-Produktion ins billige Polen verlagern

- Siegfried Wolf ist das – nun aufgetauchte – U-Boot des MAN-VW-Konzerns, mit dem er engstens durch Sitz in verschiedenen Gremien von VW, MAN, Traton verbunden ist
- statt MAN-VW soll jetzt der neue Eigentümer Siegfried Wolf für MAN produzieren lassen – mit nur mehr 1.250 Arbeitern und Angestellten und 100 Lehrlingen der ursprünglich rund 2.360 Beschäftigten und 15 % Kürzung des Nettogehalts für die Verbleibenden
- die gesamte Belegschaft, erst recht Gekündigte, die keine Zukunft mehr haben, könnten

beim Arbeits- und Sozialgericht auf Einhaltung ihrer Arbeitsplatzgarantie klagen

- das Risiko der Einhaltung bzw. Abgeltung des 1 bis 2 Milliarden schweren, einseitig von MAN-VW gekündigten Standortsicherungsvertrages bis 2030 für das MAN-Steyr-Werk ist nach wie vor ungelöst, der MAN-VW-Konzern hat es nun an Siegfried verkauft:
  - Auf die Fragen (Ö1-Mittagsjournal, 11.6.2021), ob ihn die Ankündigung der Einklagung des Standortsicherungsvertrages Kopfzerbrechen bereite und warum diesmal gleich ohne Abstimmung der Eigentümerwechsel unterzeichnet wurde, sagte Wolf:

*„Ich weiß nicht, wer hier schon wieder zum Schüren beginnt. Ich habe kein Problem, mit jedem Mitarbeiter ein Einzelgespräch zu führen ...*

*„Weil wir mit jedem Einzelnen eine maßgeschneiderte Lösung finden müssen.“ MÜSSEN?*

Klar, denn nur so kann Wolf „maßgeschneidert“ bei jedem Einzelnen versuchen, die in Summe milliardenschweren Ansprüche aus der Standortsicherung nicht bezahlen zu müssen.

- Die Nachbesserung sah und sieht so aus, dass nicht der neue Eigentümer Wolf, sondern die öffentliche Hand – also die steuerzahlenden arbeitenden Menschen selbst – die Kosten für allfällige Ex-MAN-Steyr-Beschäftigte über Stiftungen,

AMS oder Altersteilzeit übernimmt.

- Im Prinzip hat sich an der Ausgangslage für die MAN-Steyr-Beschäftigten nichts geändert: Siegfried Wolf will mehr denn je Einzelgespräche führen, also ein „nachgebessertes“ **FRISS oder STIRB-2-Programm** starten.

Da geht es vor allem darum, in „maßgeschneiderten Einzelgesprächen“ mit den Arbeitern und Angestellten von MAN-Steyr für bloße Fortführungs-Versprechungen im Gegenzug Lohn- und Gehaltskürzungen, einvernehmliche Kündigungen mit „Turboprämien für Schnellentschlossene“, jedenfalls Verzicht auf alle alten Ansprüche, „maßgeschneidert“ die milliarden-schwere Standortsicherung wegzubekommen.

Bezeichnend ist auch, dass alle Parteien und Medien so tun, als sei das Werk gerettet, dass Siegfried Wolf der Retter sei, man sich geeinigt habe und die Belegschaft das nun endlich eingesehen hätte. So schreibt Georg Wailand in der Kronen-Zeitung, 12.6.2021:

„Es hat einige Zeit gedauert, bis die Mehrheit der Belegschaft diesen geraden Weg verstanden hat.“

Widerlich. Er tut so, als seien die Arbeiter und Angestellten zu blöde um zu „verstehen“, dass Wolf der Retter sei und alles was er anbietet zu akzeptieren sei. Hier wird absichtlich für die nicht eingebundene Öffentlichkeit so getan, als sei alles unter Dach und Fach. Daher brauche es auch keine Aufmerksamkeit, keine Solidarität mehr für die Anliegen der Steyr-Beschäftigten.

Doch geeinigt haben sich vorerst nur Verkäufer (MAN-VW-Konzern) und Käufer (Siegfried Wolf) über den Eigentümerwechsel und dass vorerst weiterhin in Steyr Lkw für MAN-VW produziert werden sollen, weil MAN-VW ohne die Produktion in Steyr schnell Lieferprobleme bekäme. Auch das ist nichts Neues, das wollte MAN-VW immer schon – solange bis die billigere Produktion in Polen starten kann.

## Alle sollen bluten für MAN-VW und Siegfried Wolf

Was der „harte Arbeiter“ Siegfried Wolf (Selbstdefinition, Ö1, Mittagsjournal, 11.6.2021) vorhat, kann man im Wolf-Interview in der „Kronen-Zeitung“ vom Sonntag, 13.6.2021 (die folgenden Zitate sind daraus) erfahren. Wolf, für den angeblich Geld „längst keine Motivation mehr“ ist, der „genügend Geld habe“ und sich „freut, ... jetzt ein Werk zu besitzen“, über:

- Garantien: „... kein Arbeitgeber kann Garantien geben“
- Für Erfolg und Zukunft sind die anderen gefordert: „Wenn mich die Mannschaft bei der Umsetzung unserer Visionen (von wem, welche? Anm. d. Red.) unterstützt, wenn die Zurufer, die es immer besser gewusst haben, alle ein Produkt von Steyr kaufen, und wenn mir das Glück noch ein bisschen hold ist, dann gibt es über den Erfolg dieses Unternehmens keine Zweifel.“

### Aha: Wenn, wenn, wenn – also Konzept Kristallkugel!

- Wer ist schuld an der Situation? „Es hat seinen Grund gehabt, warum das Werk mit seiner Kostenstruktur nicht mehr wettbewerbsfähig war ... Ich gebe niemandem die Schuld ... Zuletzt hat man es ein bisschen überreizt.“

Tatsache ist, dass die VW-Lkw- und Bustochter Traton für 2021 einen Auftragsrekord verzeichnet und eine operative Umsatzrendite von 5,0 bis 7,0 Prozent erwartet. (Die Presse, 10.5.2021). Auch MAN-Steyr machte immer Gewinne! MAN-VW will nur noch billiger produzieren und noch mehr Profit machen – jetzt schon mit Wolf als Eigentümer in Österreich, dann erst recht mit dem neuen VW-MAN-Werk in Polen.

- Für Belegschaft und Zulieferer gibt es Drohungen und Schuldzuweisungen:
  - Schon im Interview in der ZIB-Nacht am 10.6.2021 wiederholt Siegfried Wolf zum x-ten Mal zur Urabstimmung, dass viele

dagegen waren, weil es ihnen „angeordnet“ wurde

- „Auch wenn es ... zu Lohn-einschnitten von 15 Prozent netto kommt, liegen wir immer noch mehr als ein Drittel über dem Kollektivvertrag. Da kann ich nicht mit der Motorsäge kommen (aber mit „Einzelgesprächen“, Anm. d. Red.) und auf das zurückgehen, was das Gesetz mir vorschreibt.“ Aber Ziel von Wolf ist offensichtlich Lohn- und Gehalts-dumping. Nur der Widerstand von Belegschaft und Betriebsrat lässt das bislang nicht zu.
- Auch die Zulieferbetriebe sollen es billiger geben: „Für Betriebe im Zulieferbereich gilt: Bitte erhaltet euch die Wettbewerbsfähigkeit. Sonst kriegt ihr keine Aufträge mehr.“
- Was und wen MAN-VW bzw. der neue Eigentümer Wolf nicht mehr braucht, soll die öffentliche Hand, Bund, Länder, die Steuerzahler\*innen finanzieren: z.B. die Kosten für gekündigte Steyr-Beschäftigte über Stiftungen, AMS oder Altersteilzeit.

## Was nach 2023 kommt, steht in den Sternen

Aber Ja und Amen sagen soll man schon jetzt. Selbst die auf der Seite von MAN-VW und Wolf stehende und stets gut vernetzte „Kronen-Zeitung“ datiert „Die Pläne für das Werk in Steyr“ nur bis 2024! (Kronen-Zeitung, 12.6.2021, Seite 8/9)

Dass MAN-VW das Werk in Steyr jetzt an Siegfried Wolf verkauft hat, hat damit zu tun, dass sich der VW-Konzern nicht nur der Milliardenzahlungen aus der Standortsicherung bis 2030 entledigen will, sondern sich durch die Kooperation noch zusätzlich Profite herausholen will.

Wolf nützt MAN-Steyr für seine russische GAZ-Fahrzeugproduktion als Plattform, um in den Westen liefern zu können, MAN-VW nutzt Wolfs GAZ als Sprungbrett, um in den Osten expandieren zu können. Beide wollen so mehrfach profitieren. Geopfert dafür sollen die Steyr-

Arbeiter werden. Sie sollen durch Lohn- und Gehaltsverzicht oder Jobverlust all diese Geschäftemacherei finanzieren.

Das war und ist der Plan von MAN-VW und Siegfried Wolf – ohne Garantien für die Beschäftigten im Werk-Steyr:

„Weiters wäre der MAN-VW-Konzern durch den Eigentümerwechsel an keine Garantie zum Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze mehr gebunden, was für den VW-Konzern eine zusätzliche Milliardenersparnis bedeutet. Und: „Sollte das Ganze schiefgehen, könnte man das Werk Steyr immer noch einfach in Konkurs schicken.“ (Branchenmagazin „Traktuell“, 25.3.2021).

Diese Einschätzung des Brancheninsiders beweist, dass das schon immer der Plan war!



## Wie kann es weitergehen?

- Alter wie neuer Eigentümer betrachten das Werk Steyr mehr als Spekulationsobjekt denn als Produktionsstätte. Es zeigt, dass sie keine Verantwortung übernehmen, ja sich ihrer Verpflichtungen entschlagen wollen. Ihnen allen kann nicht vertraut werden.
- Die Belegschaft hat gezeigt, dass sie mit sich nicht einfach so fuhrwerken lässt, sich kein X für ein U vormachen lässt und weiß, was sie kann und wert ist. In Wirklichkeit führt sie tagtäglich den Betrieb. Ohne sie würde kein einziger Lkw das Werk verlassen.
- Gestärkt durch die Urabstimmung können die Beschäftigten und ihre Betriebsrät\*innen leichter den Begehrlichkeiten und Einflüsterungen aus Politik, Wirtschaft und mancher „Sozialpartnern“, die es alle „gut mit ihnen meinen“, widerstehen, diese entkräften und zurückweisen und so Wege finden, die ihren Interessen entsprechen.

## Was die Steyr-Belegschaft auf ihrer Seite hat ist:

- ihre Kampfbereitschaft und Organisationskraft, die sie im Warnstreik und bei der Protestkundgebung mit 5.000 Teilnehmer\*innen bewiesen hat
- die Unterstützung aus der ganzen Region und von tausenden Betriebsrät\*innen aus ganz Österreich
- ihr kräftiges Nein aus der Urabstimmung
- das Damoklesschwert der Fälligkeit der milliarden schweren Standortverpflichtung für den Eigentümer Wolf
- dass MAN-VW das Werk in Steyr jedenfalls bis 2023 zur Lkw-Produktion benötigt
- die Komponentenherstellung am Standort Steyr im internationalen MAN-Produktionsverbund
- Europas größte Lackieranlage für Lkw-Kunststoffanbauteile
- nicht zuletzt einen Streikbeschluss der Gewerkschaften, der jederzeit eingesetzt werden kann.

Wie sagte es der früherer MAN-Steyr-Betriebsratsvorsitzende Erich Schwarz: „**MAN produziert im Verbund. Sollte es nötig sein abzustellen, dann steht die ganze MAN.**“ Das gilt nach wie vor und mehr denn je.

## Was bislang großangelegt und sichtbar fehlt:

Aufruf und Mobilisierung der Mitglieder von ÖGB, AK, SPÖ österreichweit zu öffentlichen Kundgebungen. Denn der Erhalt von Steyr und der Kampf um jeden Arbeitsplatz gegen die Profiteure – und seien sie als Wolf im Schafspelz – ist im Interesse der ganzen Region, im Interesse ganz Österreichs. Denn gehen diese Machenschaften von Konzernen, Investoren usw. gemeinsam mit der Politik in Steyr durch, geht es wo anders auch leichter durch.

(14.6.2021)

Dieser Beitrag ist z.T. gekürzt auch in anderen Medien wie Wiener Zeitung, kontrast.at, akin oder Unsere-Zeitung, erschienen.

**Wir danken allen  
Aktivist\*innen und  
Leser\*innen für die  
zugeschickten  
Unterschriften-Listen und  
für jede tätige Solidarität  
mit den Beschäftigten von  
MAN-Steyr!**

**Solidarität zeigen!**



Diesen Button gibt es um 1 Euro exkl. Versandkosten zum Bestellen unter: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

## **MAN-Eigentümer sind nach der Krise um 16,3 Mrd. Euro reicher!**

Die Familien Porsche und Piëch halten über Stiftungen die Mehrheit an der deutschen Porsche SE, dem VW-Konzern und den LKW-Herstellern Traton und MAN. Sie sind nach der Krise um 16,3 Milliarden Euro reicher als zuvor. Alleine über die LKW-Sparte haben sich die Eigentümer von Traton 2020 eine halbe Milliarde Euro Dividende ausgeschüttet. Trotzdem nahmen sie Corona-Staatshilfen in Höhe von 11 Mio. Euro und Förderungen von 4 Mio. Euro in Anspruch und verkauften das MAN-Werk in Steyr an Siegfried Wolf.

**Für die Profite von MAN-VW und Siegfried Wolf sollen die Steyr-Beschäftigten und die österreichischen Steuerzahler\*innen draufzahlen!**

**Daher: Keine Kündigungen, keine Lohnkürzungen, keine Verschlechterungen, keine Standortschließung!**

Fortsetzung nächste Seite

## Standortsicherung

„MAN hatte die Standortsicherungs-garantie bis 2030 einseitig aufgekündigt. Deshalb ist auch ein Prozess am Arbeitsgericht München anhängig. Das Verfahren ist aber noch bis Herbst 2021 ausgesetzt (Hervorhebung durch die Red.). Schafft es MAN nun, das Werk bis dahin mit der expliziten Zustimmung der Mitarbeiter zu verhöckern, so könnte dies dem Prozess womöglich die Grundlage entziehen. Dabei geht es für MAN um viel Geld, sehr viel Geld (um das im Falle eines Nicht-Prozesses die Steyr-Beschäftigten umfallen, Anm. d. Red.). Denn der Betriebsrat des Werks Steyr hatte schon angekündigt, im Fall betriebsbedingter Kündigungen Entgeltfortzahlungen geltend zu machen.“ (Traktuell, 29.3.2021)



## Siegfried Wolf:

### „Retter“ oder Profiteur?

„... Er garantiert für nichts, präsentiert sich ... als patriotischer Macher ... will die Marke Steyr wiederbeleben. Eine Garantie dafür, dass sein Konzept funktioniert, gibt es nicht. Die Rechte an der Marke "Steyr" liegen nicht bei Wolf, sondern bei Magna ... Wolf wäre aber im Falle des Verkaufs an seine WSA Beteiligungs GmbH der hundertprozentige Eigentümer des Werks Steyr ... Was wie ein Versprechen klingt, könnte sich im Falle des Scheiterns für die Belegschaft als Katastrophe erweisen. (Hervorhebung durch die Red.) Denn ein Konzern wie MAN, der über Traton zur VW-Gruppe gehört, kann nicht einfach Konkurs anmelden und sich damit seiner Mitarbeiter entledigen ... wäre hier immer noch die Konzernmutter in der Pflicht. Im Falle einer GmbH im Alleineigentum von Siegfried Wolf sieht die Sache womöglich anders aus. Sollte sein Konzept nicht aufgehen, dann sitzen die vormaligen MAN-Mitarbeiter vielleicht schnell auf der Straße. Oder der ehemalige Eigentümer ... MAN könnte dann im Notfall das Werk wieder zurücknehmen – mit deutlich reduziertem Mitarbeiterstand und niedrigeren Löhnen.“ (zit. aus: Branchenmagazin Traktuell, 4.4.2021)

## Wie Österreich in neue Kriege hineingezogen werden soll!

### Neutralität statt Kriegsvorbereitung und Kriegsteilnahme!

Der vom Hitler-Faschismus vom Zaum gebrochene 2. Weltkrieg hat ca. 70 Millionen Tote zur Folge gehabt. Etwa 380.000 österreichische Soldaten sind im 2. Weltkrieg gefallen, weiters gab es ca. 140.000 zivile Opfer. 1948 bezogen über 400.000 Österreicher\*innen eine Kriegs-, Invaliditäts-, Witwen- oder Waisenpension. In Österreich waren die Lehren aus dem 2. Weltkrieg 1945: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Am 26. Oktober 1955 wurde Österreichs Neutralitätsgesetz, ein Bundesverfassungsgesetz, beschlossen. Der Artikel 1 lautet:

1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und verteidigen.

2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität sind seit damals die Grundpfeiler unseres Staates! Doch diese Prinzipien werden seit langem von den Herrschenden in Frage gestellt bzw. missachtet. In den letzten 20 Jahren haben die österreichischen Regierungen viele Neutralitätsverletzungen begangen und mit der EU auch militärisch kooperiert.

Zuletzt hat am 13. November 2017 Kurz, damals Außenminister, das Dokument zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ = PESCO, Permanent Structured Cooperation = Militärunion der EU) im Namen der österreichischen Bundesregierung unterschrieben – entgegen unserer Verfassung und unserer Neutralität.

Zu PESCO schrieb die Berliner Morgenpost am 8.11.2017: „**PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden wie der Euro für die Wirtschaft**“. Und die damalige deutsche Verteidigungsministerin (man müsste Kriegsministerin sagen) von der Leyen sagte, die SSZ sei „ein weiterer Schritt in Richtung der Armee der Europäer“ (ORF 13.11. 2017).

Es ist ja kein Zufall, dass von der Leyen nun die EU-Präsidentin der EU-Kommission ist. Die EU-Führung vertritt die Interessen des europäischen Großkapitals, das für neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss auch wieder neue Kriege in Kauf zu nehmen bereit ist bzw. diese vorbereitet, provoziert oder anzettelt.

PESCO ist das milliarden schwere EU-Projekt zur Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsfinanzierung mit dem Ziel einer EU-Militär Großmacht mit EU-Armee und eigenständiger EU-Atom-macht. Mit den Steuergeldern der EU-Mitglieder soll alles finanziert werden, die Bevölkerung in den EU-Staaten soll dafür wieder einmal Opfer bringen.

Wir brauchen diese Aufrüstung nicht, Österreich wird an seinen Grenzen von niemandem bedroht, erst die Teilnahme an der EU- bzw. USA/NATO-Militarisierung gefährdet uns, zieht uns in Kriegsvorbereitungen und Aufmarschpläne hinein, macht uns zum Angriffsziel und ist staatsvertragswidrig und völlig unvereinbar mit der Neutralität.

### Die EU hat seit Jahrzehnten Aufrüstungspläne

Die EU hat u.a. die offizielle „Sicherheitsstudie“ (2009) ihres Instituts für Security Studies (ISS) herausgegeben. Da schrieb einer der Autoren, Thomas Ries, u.a. dass in der Welt zwei Gruppen herrschen: „Die erste Gruppe sind die Transnationalen Konzerne (TNK), die 1000 größten Vermögen, die 0,1% der Weltbevölkerung ausmachen. (Das ist das Finanzkapital). Die zweite Gruppe ist die OECD, das sind die EU-Staaten, Kanada und die USA. Sie machen 15% der Weltbevölkerung aus. Sie sollen, müssen mit den TNK eine symbiotische Beziehung finden“, schreibt Ries.

Ja, die Regierungen der EU haben wirklich eine „symbiotische Beziehung“ mit dem „großen Kapital“, sie

sind seine Handlanger, seine Erfüllungsgelhilfen. An anderer Stelle heißt es in der Studie: Die „Sicherheits“-Herausforderungen der EU sind:

1. „Schutz des globalen technischen und ökonomischen Flusses. Das braucht die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Kapital, den Regierungen und der Wissenschaft und ein breites Spektrum militärischer Kapazitäten, von dem Schutz der Seewege bis zu hochtechnisierten militärischen Kapazitäten zur Intervention.“

2. „Grenzsicherungsoperationen um die globalen Reichen vor den Spannungen und Problemen der Armen zu schützen. Die EU ist eben die europäische Zentrale der großen EU-Mächte, ihre wichtigste Funktion ist, sich weltweit für die Profite der vor allem EU-Multinationalen Konzerne einzusetzen. Die EU steht nicht nur in Kooperation mit den USA. Gleichzeitig ist die EU unter der Führung Deutschlands längst nicht nur mehr wirtschaftlich sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent der USA.

Um Aufrüstung und Kriege zu begründen braucht es „Feinde“, braucht es Bedrohungsszenarien von innen und von außen. Man will uns weismachen, dass Auslandseinsätze z.B. in Afrika, sei es von Frankreich, Deutschland bzw. der EU als Organisation, Frieden schaffen bzw. der Terrorbekämpfung dienen, den Menschen Freiheit, Demokratie und Sicherheit bringen.

Doch bei Frankreichs, nun auch Deutschlands, bzw. bei den EU-Kampfeinsätzen z.B. in Mali, wo auch österreichische Soldaten dabei sind (was haben die dort eigentlich zu suchen, verteidigen sie dort die Neutralität Österreichs??!) und in anderen Staaten der Sahelzone geht es vor allem für die großen Konzerne darum, Bodenschätze bzw. geopolitischen Einfluss zu sichern. In Mali z.B. gibt es u.a. Uran- und Goldvorkommen, Bauxit, Phosphate, Salze, Eisenerze, Marmor, Blei und Zink. Hier geht es nicht um Friedens-, sondern um Profitinteressen. Das Nachbarland Niger hat die größten Uranvorkommen der Welt und ist drittgrößter Uranlieferant der Welt. Es ist Hauptlieferant für französische AKWs und liefert heute schon 40 % des Uranbedarfs Frankreichs.

Der sogenannte Kampf gegen den Terror (vor allem den sogenannten

islamischen Terror) diene und dient dort als Vorwand, für die militärische Aneignung und Sicherung afrikanischer Bodenschätze durch westliche Konzerne. Auch im 2019 erschienenen österreichischen Bundesheer-Bericht heißt es dazu, dass „im Rahmen der PESCO-Verpflichtungen, die unsere Regierung eingegangen ist, Österreich militärische Beiträge zur Stabilisierung des erweiterten Umfeldes im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika leisten müsse, um den „freien Zugang zu Ressourcen und Energieversorgung sicherzustellen“. Deswegen schickt Österreich im Rahmen der EU-Kampfeinsätze unter anderem österreichische Soldaten nach Mali zur sog. Minusma-Aktion, die formal unter UNO-Hoheit steht. Weitere Soldaten werden nach Mali im Rahmen der EUTM (EU-Ausbildungsmission) geschickt. Auch das ist ein klarer Fall von Neutralitätsverletzung!

### „Der Westen ist zurück“

So jubelte ein Teil der Medien Mitte Juni nach dem G7- und NATO-Gipfel, an dem US-Präsident Biden teilnahm. Unter US-Präsident Trump traten die Konflikte zwischen den vor allem wirtschaftlichen Konkurrenten EU – und da vor allem Deutschland – und USA offen zutage. Nunmehr versucht Biden die EU-Konkurrenz, v.a. Deutschland (wirtschaftlich) und Frankreich militärisch (Atomwaffen) zu bändigen, er versucht die EU verstärkt auch wieder militärisch an die Leine zu nehmen. Wie? Indem er sagt, USA und EU hätten die gleichen Interessen, die gleichen Feinde. Frankreichs Präsident Macron, der 2019 die NATO als hirntot bezeichnet hat, gab ihm insofern Kontra, dass er u.a. betonte, dass die Europäer ihre militärische Selbstständigkeit unabhängig von den USA stärken sollen.

### Als die zwei Hauptfeinde der USA und der EU werden uns tagtäglich Russland und China präsentiert

Doch **Russland** ist fast an allen Grenzen eingekreist von Staaten, die entweder in der NATO sind bzw. den USA den Betrieb von Militärstützpunkten, oft samt Raketen, bieten. Die sogenannte Bedrohung durch Russland ist nur eine Zwecklüge, um einen künftigen Krieg zu rechtfertigen, einen Krieg um Rohstoffquellen, um geopolitischen Einfluss. Die USA, aber auch die großen EU-Staaten,

wollen ihren Herrschaftsbereich ausweiten. Russland hat die größten Erdöl- und Erdgasvorräte der Welt und ist der wichtigste Staat in Eurasien. „Wer Russland beherrscht, beherrscht Eurasien, wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt.“ (USA- Sicherheitsberater Z. Brzezinski, 1997).

Im Jahr 2019 betrug die NATO-Militärausgaben schon 1.000 Milliarden Dollar, Russlands Militärbudget hingegen 60 Milliarden. Auch die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen spricht davon, dass die Strategie und Struktur der Truppe auf einen Sieg gegen Russland ausgerichtet sei.

**China** ist neben der EU der schärfste Konkurrent der USA, wirtschaftlich hat China diese schon überflügelt. Die USA führen nicht nur einen immer schärferen Handelskrieg gegen China. Seit 20 Jahren haben sie Pläne, China auch militärisch zu schwächen bzw. einzukreisen. Schon Bill Clinton und Georg Bush sagten, dass China ihr strategischer Konkurrent ist und Hillary Clinton erklärte 2011, dass die USA die nächsten 60 Jahre im asiatisch-pazifischen Raum präsent und dominant bleiben werden. Obamas Verteidigungsminister Leon Panetta sagte 2012, dass die Mehrheit der US-See-streitkräfte (60%) im Asien-Pazifik-Raum stationiert sein werden. Das kam auch so.

Die größte aller US-amerikanischen Frontflotten mit 50 - 60 Schiffen, 350 Flugzeugen und 60.000 Mann ist die siebente Flotte im Pazifik. Sie ist auch mit den meisten Atomraketen bestückt. Immer öfters kreuzen diese US-Kriegsschiffe im Südchinesischen Meer vor der Küste Chinas bzw. machen Militärmanöver mit Anrainerstaaten, (ca. 11.000 km von den USA entfernt). Wer bedroht hier wen? Was würde wohl die sog. Qualitätspresse schreiben, wenn chinesische Kriegsschiffe vor der Küste News Yorks kreuzen würden?

**Die EU** – vor allem der Wirtschafts-Hauptkonkurrent Deutschland und Atomwaffenkonkurrent Frankreich – soll für die USA mit ihrem Vasall Großbritannien in Europa gegen Osten, also gegen Russland und China politisch, wirtschaftlich und letztlich militärisch ins Feld ziehen. Österreich soll da in und mit der EU vor allem wieder einmal an der Seite Deutschlands gegen Osten mitmarschieren.

*Fortsetzung+ Schluss nächste Seite*

Deutschland und Frankreich verfolgen dabei ihre eigenen geostrategischen Pläne gegen Russland, China und selbst gegen die USA.

### Das ist brandgefährlich

Reden die Herrschenden von Frieden, rüsten sie zum Krieg. Die Konkurrenz der großen Wirtschafts- und Militärblöcke um Rohstoffe, Profite, Einflussphären treibt zum Krieg!

**Österreich hat dabei nichts zu suchen,** Österreichs Bevölkerung hat dabei nichts zu gewinnen nur alles zu verlieren. Gewinner sind eine Hand voll Profiteure, die an Rüstungsaufträgen verdienen.

### Doch was macht unsere Regierung?

- Unter Bundesheer-„Begleitschutz“ fanden im Mai und Juni US-Truppentransporte durch Österreich für das NATO-Großmanöver „Defender Europe 2021“ statt, bei dem der Krieg gegen Osten geübt wurde.



*An Protesten gegen die US- Truppeneinfahrt haben wir uns beteiligt*

- Regierung und Opposition feiern die Ernennung des österreichischen Generalstabchefs Robert Brieger zum Vorsitzenden des EU-Militärausschusses (EUMC) ab Juni 2022. EUMC bestimmt die EU-Militärpolitik. Gleichzeitig wird gerade das Bundesheer umgebaut und General Brieger von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner das Kommando über alle militärischen Belange übertragen. So soll „die bewaffnete Macht“ Österreichs statt zur Verteidigung der Neutralität für die EU-Militärpolitik eingesetzt und dieser untergeordnet werden.

### Das alles ist neutralitäts- und verfassungswidrig!

Unser Bundesheer ist auf die Neutralität vereidigt, nicht auf Auslandseinsätze für EU-, USA oder NATO-Kriegsinteressen für Konzernprofite. Daher: Österreich raus aus EU-PESCO, raus aus NATO-Militär- oder sogenannten „Friedens-Partnerschaften“, raus aus den EU-Battlegroups, Schluss mit Bundesheer-Auslands-einsätzen! JA zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verteidigung der Neutralität!

## ÖSK-Spenden-Konto

**Einzahlungen** mit beiliegendem Zahlschein  
oder per Überweisung

**Empfänger\*in:** ÖSK / **Verwendung:** Spende

**IBAN:** AT85 6000 0101 1022 7626

**BIC:** BAWAATWW

## SPÖ-Parteitag:

So lautete das Motto des Parteitages. Das magere Wahlergebnis für die Vorsitzende Pamela

Rendi Wagner und das vorzeitige Ende des Parteitages mangels Beschlussfähigkeit wegen Verabsentigung der Parteitagsteilnehmer\*innen zeigt ein Sittenbild: Abstimmung mit den Füßen. Das machen ja auch immer mehr Wähler\*innen weil die SPÖ-Spitzen schon längst nicht mehr ihre Interessen vertreten. Dieses Versagen der SPÖ ist die „Stärke“ der ÖVP. Was haben die Delegiert\*innen dem entgegenzusetzen? Die Debattenbeiträge der Funktionär\*innen haben gezeigt, es gibt zwei Lager: Die einen wollen nichts mit der türkisen Kurz-ÖVP zu tun haben, hoffen und propagieren sinngemäß vorwärts zurück zur alten ÖVP. Die anderen wollen sofort mit der Kurz-ÖVP koalieren.

Doch beides ist ein Holzweg. Alles, was die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen erreicht haben – Gewerkschaften, SPÖ, AK, Sozialgesetze, Sozialversicherung, Betriebsräte, Arbeitszeit, Arbeitsverfassung – alles wurde ERKÄMPFT: Zuerst auf der Straße, im Betrieb und erst dann im Parlament finalisiert. **Das Motto muss sein: „Raus aus der Komfortzone – gerade jetzt!“** Nicht schielen auf eine Koalition mit einer ÖVP, die eh nicht will, sondern eine „Koalition“ mit den arbeitenden Menschen angehen. Durch Mobilisierung, Unterstützung, Widerstand und Kampf gegen die Unterdrücker, nicht durch Zusammenarbeit mit ihnen. Beispiel gefällig? Haben die SPÖ-Spitzen zuerst den Warnstreik der MAN-Arbeiter\*innen und das Nein bei der Urabstimmung gegen die Wolf-Übernahme beklatscht, haben sie dann die „Rettung“ durch Wolf begrüßt. Den Unternehmern gefällt's, Kurz lacht sich ins Fäustchen und die arbeitenden Menschen sind die angeschnittenen.

*Den derzeitigen Zustand der SPÖ und die Ursachen dafür haben wir schon anlässlich der Mitgliederbefragung analysiert. Nachzulesen in unserer ÖSK-Zeitung Nr. 146. Auf Wunsch senden wir diese gerne zu.*

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser\*innen und Aktivist\*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein. **Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team**

## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

**Wir sind ein Forum** von Kolleg\*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist\*innen.

**Impressum:** Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949